Nummer 56 — Halle, Sonntag, den 7. März 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark

Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Aus Essen (Ruhr) wird gemeldet: Völlig un- vartet ist ein neuer Rückschlag in der Wirt- ftslage Westdeutschlands eingetreten. Die ffnungen auf eine Besserung sind überraschend stört worden. Es heißt, daß die erwarteten ßen Auslandaufträge ausgeblieben sind; von n einzelnen Werken wird den Betriebsräten die twendigkeit neuer umfangreicher Arbeiter- lassungen bekanntgegeben. Es werden zwischen -25 000 Arbeiter genannt, die im März noch Entlassung kommen.

*

In fünf Werkstättenversammlungen nahm die rliner Eisenbahnerschaft zur Abweisung der age der Eisenbahnerverbände gegen die Reichs- ngesellschaft Stellung. Es wurden Resolutionen genommen, in der die Reichsbahn als Entente- n bezeichnet wurde und in der die Wieder- stellung der Staatshoheit über die dem Aus- d ausgelieferten Eisenbahnbetriebe gefordert d.

*

Die Russenaufträge für die Berliner Industrie egnen auch nach Abschluß des 300 Millionen- bits weiteren Schwierigkeiten. Die russischen ndelsvertreter sind mit neuen Preisvorschlägen ommen, die für die Industrie größtenteils nnehmbar sind, weil sie keine Verdienstchance en. Die Verhandlungen werden jedoch fort- tzt. — Vermutlich sucht England uns in aller rnofreundschaft zu unterbieten.

*

Neue Winzerunruhen haben in Cochem und reuznach stattgefunden. Die Demonstrations- nzüge der Winzer waren von Schupo begleitet. e Erregung in der Winzerschaft ist wieder in nahme begriffen, da das Landesfinanzamt die gemeine Stundung der Steuern bis 15. Juli ab- hnt hat.

*

Das Schöffengericht in Jena hat den Redakteur ialdemokratischen Zeitung „Das Volk", eerb g, der in einem Artikel der Staatsanwalt- aft in Weimar in der Angelegenheit des taatsbankpräsidenten Loeb unerlaubte Be- hungen zur Rechtspresse vorgeworfen hatte und gen Beleidigung angeklagt war, freigesprochen. ie Zeugenvernehmung habe klar erwiesen, daß e von Deerberg aufgestellte Behauptung völlig s der Luft gegriffen sei, aber dennoch müsse der ngeklagte freigesprochen werden, weil er in ahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. - Ein merkwürdiges Urteil!

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" eldet mit sichtlicher Genugtuung die am 3. März us Bozen und Meran verfügte Ausweisung von Deutschen und Oesterreichern wegen verbotener ntiitalienischer Propaganda (gemeint ist natür- ch: wegen treudeutscher Gesinnung).

*

Der holländische „Courant" meldet aus London: ie Unzufriedenheit der Arbeiterpartei mit Cham- erlains Erklärungen im Unterhaus findet ihren usdruck in der Einberufung von Massenmeetings er Arbeiterpartei in ganz England für kommen- en Sonntag. „Daily Herald" zufolge soll in den ersammlungen gegen Umgestaltung und Er- eiterung des Völkerbundsrates im Interesse der uropäischen Friedensidee demonstriert werden.

*

Der Pariser „Matin" bereitet in zwei Artikeln er letzten Tage auf einen neuen ungünstigen Be- icht des Generals Walch über die deutsche Ent- waffnung vor. Der „Matin" will erfahren haben, aß die Interalliierte Kontrollkommission sowohl as Fortbestehen nichtgenehmigter Waffenver- ände wie auch die Nichterfüllung der Vorschrift insichtlich der Schutzpolizei berichtet habe. — In iesem Stile wird es trotz Locarno weitergehen.

*

Die englische Admiralität ist durch den Diebstahl sehr wichtiger Dokumente in große Verlegenheit geraten. Man nimmt an, daß diese Dokumente von einem Beamten vergessen worden seien. Als man die Dokumente brauchte, konnte man sie nirgends entdecken. — Die ganze Sache scheint sehr geheimnisvoll, vielleicht revanchieren sich die Franzosen für die kürzlich in Paris aufgedeckte englische Luftflottenspionage.

*

Zur Förderung des Deutschtums in der Türkei soll vom 1. April ab in Konstantinopel eine deutsche Tageszeitung erscheinen, deren Gründung bereits von einem deutschen Ausschuß in Konstantinopel mit Unterstützung der amtlichen deutschen Stellen in die Wege geleitet ist.

*

Aus Neuyork wird gemeldet: Das Schatzamt hat den Gesetzentwurf über die Rückgabe des deutschen Privateigentums fertiggestellt und ihn bereits dem Staatsdepartement zur Begutachtung zugeleitet.

*

Die „Times" melden aus Tokio, daß die japanische Regierung die Rückgabe der noch einbehaltenen feindlichen Werte, soweit sie in Kiautschou bei **Kriegsausbruch beschlagnahmt worden waren, angeordnet hat.**

Der große Kampf beginnt.

Genf rüstet sich.

Die Ausschmückung der Stadt Genf für die Völkerbundtagung ist in großen Zügen beendet. Die Stadt Genf selbst hat 20 000 Franken zur Ausschmückung bewilligt. Der Vorkonferenz zwischen den alliierten Vertretern mit Deutschland und Polen am Sonntag sieht man mit großer Spannung entgegen. Sonntag abend ist eine offizielle Vorbesprechung von Sir Drummond anberaumt worden. Die amerikanische Regierung ist erstmals durch keinen Beobachter vertreten, dagegen ist der argentinische Gesandte im Auftrage seiner Regierung als Beobachter in Genf anwesend. Die Zahl der Fremden in Genf und in den Ortschaften am See wird im Journal mit rund 30 000 angegeben.

*

Die Londoner „Times" melden aus Paris: Vor der Abfahrt Briands nach Genf findet in Paris eine Vorkonferenz zwischen Briand, Chamberlain und dem polnischen Ministerpräsidenten in der Frage des polnischen Ratssitzes statt. Chamberlain wird zu diesem Zwecke seine Reise nach Genf in Paris um 4 Stunden unterbrechen.

Briand gestürzt!

Paris, 6. März. (Eigene Drahtmeldung) 7 Uhr 55 früh. Das Kabinett Briand ist soeben im Verlauf der Beratungen über die Steuergesetze gestürzt worden. Beim Titel Zahlungssteuer beantragte der Unabhängige Kommunist Ernst Laffont deren Zurückstellung. Briand stellte die Vertrauensfrage und ist bei der Abstimmung hierüber mit etwa 50 Stimmen in der Minderheit geblieben.

Wie Havas meldet, wird Briand heute abend doch nach Genf reisen.

*

— Dieser Sturz Briands unmittelbar vor Zusammentritt der Völkerbundstagung in Genf ist der raffinierteste Trick, den dieser Meister der Intrigue erfinnen konnte. Denn wenn man den Verlauf der Finanzdebatten in Frankreich verfolgt hat, kann man nicht im Zweifel sein, daß Briand, der alle bisherigen Krisen geschickt umgangen hat, es diesmal absichtlich zum Sturz hat kommen lassen — aus außenpolitischen Gründen. Er will damit England und Deutschland vor die Wahl stellen, entweder Frankreichs Forderungen der Erweiterung des Völkerbundsrates anzunehmen, oder Locarno scheitern zu lassen.

Jetzt wird alles darauf ankommen, daß Deutschland eine starke und zielbewußte Außenpolitik treibt, damit das von Frankreich durch dieses Manöver in unerhörter Weise herausgeforderte England nicht auch diesmal von einer Verständigung mit Deutschland als einem hoffnungslosen Troddel Abstand nimmt und wohl oder übel sich doch wieder zu Frankreich gegen Deutschland schlägt.

Wenn unsere Außenpolitik die Gelegenheit beherzt am Schopfe packt und den Augenblick zu nutzen weiß, stehen wir vielleicht vor einem Wendepunkt der europäischen Politik, wie wir ihn in so naher Zeit kaum erhofft haben. Jetzt gewinnt die Fahrt nach Genf weltgeschichtliche Bedeutung, jetzt, Luther und Stresemann, zeigt, daß ihr wirkliche Führer eines Volkes in Not seid! Deutschlands Zukunft, Deutschlands Freiheit tragt ihr in euren Händen. Jetzt kämpft für uns!

Abreise der deutschen Delegation.

Die deutsche Delegation, die an der außerordentlichen Völkerbundstagung am 8. März in Genf teilnehmen wird, ist gestern abend um 10 Uhr 5 Minuten vom Potsdamer Bahnhof nach Genf abgereist. Der Reichspräsident hatte dem Reichskanzler und der Delegation seine besten Wünsche für das gute Gelingen ihrer Mission aussprechen lassen.

Die Delegation besteht aus 24 Mitgliedern: dem Reichskanzler Dr. Luther, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, den Staatssekretären Dr. Kempener, dem Staatssekretär von Schubert, dem Ministerialdirektor Gauß, Geheimrat von Bülow, dem Generalsekretär der Delegation, Gesandtschaftsrat Redlhammer, ferner von der Presseabteilung der Reichsregierung 7, Ministerialdirektor Kiep, Legationsrat Dr. Drechsler, sowie den Herren Dr. von Hagen und Rost.

Auf dem Bahnsteig hatten sich neben zahlreichen Herren des auswärtigen Amtes die Herren Minister Dr. Curtius, Brauns, Reinhold sowie — ein Akt besonderer Courtoisie — der schweizerische Gesandte Rüfenacht eingefunden.

Schweden gegen eine Ratserweiterung

Eine Erklärung des schwedischen Außenministers.

Unmittelbar vor seiner Abreise nach Genf gab der schwedische Minister des Aeußern Unden im Reichstage eine Erklärung über die Stellung der schwedischen Regierung zur Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates ab. Eine Erweiterung der Ratssitze über den Rahmen der Großmächte hinaus, erklärte der Minister, müsse nach Ansicht der Regierung auf die stärksten Bedenken stoßen.

Maßgebend für jede Prüfung der Frage wegen Zusammensetzung des Rates dürfe lediglich die Rücksicht auf die Interessen des Völkerbundes sein, und nicht die Rücksicht auf die Sonderinteressen einzelner Staaten. Jedenfalls sei die Regierung der bestimmten Ansicht, daß, wenn die Frage der Neugestaltung des Völkerbundsrates auf der Märztagung angeregt werde, sie bis zu einer späteren ordentlichen Völkerbundstagung verschoben werden müßte.

Die Regierung habe der Delegation Schwedens die Weisung gegeben, Beschlüsse über eine Umgestaltung des Rates vor der Verleihung eines Ratssitzes an Deutschland Widerstand entgegenzusetzen, sowie sich überhaupt jetzt an keine bestimmte Lösung dieses verwickelten und bedeutungsvollen Problems zu binden.

Die Führer sämtlicher Parteien schlossen sich ausdrücklich den Ausführungen des Ministers an und erklärten, daß die Regierung bei ihrer Haltung in dieser Frage ein einmütiges Volk hinter sich habe.

Es ist geradezu bewundernswert, wie dieses kleine schwedische Volk — als einziges unter allen Nationen der Welt! — allen Gefahren einer Verstimmung der Mächtigen zum Trotz für die wahren und eigentlichen, aber von schmutzigen Intrigen immer wieder überdeckten Grundsätze des Völkerbundes und jeder wirklichen Völkerverständigung: für Ehrlichkeit und Recht eintritt.

Wir Deutschen wollen das dem schwedischen Volke danken, das damit zum Führer und Wahrer echt germanischer Staatsauffassungen geworden ist. Möge seine Einmütigkeit in einer Frage, in der es nicht irgendwelchen Eigeninteressen, sondern lediglich dem Ideal folgt, ein Beispiel und Vorbild für unser Volk werden, dessen Linkskreise von solcher Einmütigkeit in der bedingungslosen Ablehnung von Zugeständnissen an Frankreichs unreelle Forderungen und von so hohem Idealismus noch weit entfernt sind.

*

Laut englischen Meldungen hat der deutsche Botschafter in London dem Außenminister Chamberlain mündlich die offizielle Erklärung der deutschen Regierung übermittelt, sie werde in keiner Weise von ihrem Standpunkt abweichen, daß vor Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund keinerlei Zuteilung anderer Ratssitze in Frage kommen könne.

Deutschland in der Hand Amerikas.

Aus Neuyork wird gemeldet: In der Exportvereinigung in Philadelphia hielt der Vizepräsident Wellack eine sensationelle Rede über die deutsche Wirtschaftslage.

Er führte aus: Ende Februar waren für rund 35 Proz. des gesamten Nationalvermögens Deutschlands amerikanische Anleihen gegeben. Wenn diese Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten im gleichen Tempo fortschreitet, dann ist die Union in längstens ein bis zwei Jahren die Herrin Deutschlands, die Besitzerin des deutschen Nationalvermögens.

Wir haben mit der finanziellen Eroberung Deutschlands die größten außenpolitischen Erfolge seit dem Tode Washingtons erreicht. Damit bestimmen wir auch früher oder später die politische Zukunft Europas.

Hindenburg Ehrenpräsident des Roten Kreuzes.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing gestern den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, sowie die Vorstandsmitglieder des Roten Kreuzes: Gräfin Groeben, bayerischen Staatsminister a. D. von Brettreich, Freiherrn von Spitzemberg, Vizepräsident Draudt und Generalsekretär Freiherrn v. Rotenhan. Die Abordnung bat den Herrn Reichspräsidenten, das Ehrenpräsidium des Deutschen Roten Kreuzes zu übernehmen; der Herr Reichspräsident erklärte sich hierzu unter Worten herzlicher Anerkennung für die segensreiche Arbeit des Roten Kreuzes im Dienste der Menschenliebe gern bereit.

Da schon der verstorbene Reichspräsident Ebert den Ehrenvorsitz im „Bunde der Förderer des Roten Kreuzes in Deutschland" innegehabt hatte, ist durch die jetzige Entschließung des Herrn Reichspräsidenten die Entwicklung vollzogen worden, die auch in Deutschland wie in den meisten anderen Ländern die Organisation des Roten Kreuzes mit der Person des Staatsoberhauptes verbindet.

In Wien wurde gestern ein Vergleichs- und Schiedsvertrag zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Bei dieser Gelegenheit wurde gegenseitig der Wunsch freundschaftlicher Beziehungen im Sinne von Locarno ausgesprochen.

1,07 Millionen im Jahr.

„Plündergesellen gesucht".

Die „Ausplünderung des Volkes" sind wir nachgerade gewöhnt, denn Reich, Länder und Gemeinde pressen uns mit der Steuerschraube etwa dreimal soviel ab, wie in der Vorkriegszeit. 12 bis 14 Milliarden im Jahr an die öffentliche Hand. Das nennt man „Errungenschaften der Revolution"!

Auch daran sind wir nachgerade gewöhnt, daß die Finanzkunst der früheren, ganz von der Linken abhängigen republikanischen Regierungen dem Volke außer den phantastischen Steuern noch durch die Sondersteuerart der Inflation das gesamte Barvermögen abgenommen hat. Daß die Finanzmeister der Linken nicht auch die Sachwerte erfaßt (sozialisiert) und restlos verwirtschaftet haben, ist nur der Tatsache zu danken, daß sich Sachwerte nicht so leicht auffressen lassen wie die Barvermögen, und zweitens der Tatsache, daß in letzter Minute bürgerliche, vom Sozialismus freiere Regierungen ans Ruder kamen.

So konnten wenigstens die Sachwerte vor der Sozialisierung und Verschleuderung gerettet werden, und weil sie erhalten blieben, konnte sogar ein Teil des Barvermögens den Ausgeplünderten wieder zugestellt werden in der Form der Aufwertung. Noch ein wenig länger sozialistische Finanzwirtschaft und von Aufwertung war nicht mehr die Rede, denn vor lauter Auslandsschulden, die die Sozialisten in ihrer wirtschaftlichen Unfähigkeit sich hätten aufschwatzen lassen, wäre es zum Reichskonkurs gekommen, die Ausländer hätten sich die Werte gesichert, die Schulden gestrichen und an Aufwertung war nicht zu denken.

Also wie gesagt, die „Ausplünderung des Volkes" sind wir seit der Revolution gewöhnt. Wir wissen auch, wem wir sie zu danken haben und andererseits, wem es zu danken ist, daß nicht alles verloren ging und daß auch von den Barvermögen wenigstens der letzte winzige Rest durch Aufwertung gerettet werden konnte. Und ebenso wie an die Ausplünderung sind wir daran gewöhnt, daß die Ausplünderer von ihrer Beute nicht etwa riesige Neuwerte geschaffen haben, so daß zwar die Staatsbürger arm und in Not, aber der Fiskus, der Staat, reich wäre. Sondern die Beute ist ganz einfach verbraucht. Hin ist hin, weg ist weg.

Das ist aber auch für die Plünderer schmerzlich. Also sinnen sie auf neue Plündereien. Dazu muß man vor allem Plündergesellen haben, denn die Besitzer der Beuteobjekte, die Sachwertbesitzer und die Aufwertungsberechtigten, geben natürlich ihre letzte bzw. eben erst wiedergewonnene Habe nicht freiwillig heraus. Also: „Plündergesellen gesucht."

Natürlich sagt man das nicht so offen heraus. Soviel hat man inzwischen gelernt, besonders von der Plünderfirma en gros, von der Entente: man muß immer so tun, als ob man stets nur an die höchsten Ideale, an Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Gesamtwohl dächte und sich geradezu dafür opferte. Und als ersten Anlaß muß man etwas recht plausibles und populäres finden. So ungefähr wie England damals Belgien als Vorwand fand, um uns den Krieg zu erklären und uns die Flotte und die Industrieabsatzmärkte wegzunehmen.

Lange genug seit Beendigung ihrer Beutezüge durch die erste Regierung mit stabiler Währung hat es gedauert, bis sie einen solchen Vorwand zum Anlocken von Spießgesellen und Plünderbrüdern fanden. Jetzt endlich haben sie ihn: die Vermögensansprüche der Fürsten.

Diesen Fürsten hat man in der Revolution ihre Vermögen weggenommen. Aber da man damals vor vollen Krippen saß, war man großzügig und erklärte: „Wir nehmen Euch Eure Vermögen keineswegs für immer weg, sondern nur vorläufig, damit nichts verloren geht. Sobald wir Zeit haben, setzen wir uns mit Euch auf einer anständigen Basis auseinander. Wir sind doch keine Straßenräuber und Lumpen, meine Herren, wir sind freie Männer und Republikaner, wir haben Stolz, wir Nachfolger von Euch Fürsten."

Tatsächlich hat man in Preußen denn auch noch vor einem halben Jahr, nämlich am 12. Okt. 1925, wenigstens bei den Sozialdemokraten diesen Ehrenmännerstandpunkt vertreten und hat damals einen Vergleich geschlossen: man war mit 83 Proz. des Hohenzollernvermögens zufrieden und ließ den Hohenzollern 17 Proz. Das ist, da es sich um Sachwerte handelt, gewiß nicht viel, denn allen übrigen Sachwertbesitzern hatte man überhaupt nichts, geschweige denn 83 Proz., weggenommen, und sogar Nichtsachwertbesitzern, deren Forderungen durch Hypotheken gesichert waren, hatte man nicht nur 17, sondern 25 Proz. im Aufwertungsgesetz zugesprochen (was sie allerdings nicht den Sozialisten verdanken). Aber man hatte doch wenigstens seinen revolutionären Stolz bewahrt und sein Wort gehalten, keine blanke Enteignung auszusprechen.

Das alles ist jetzt vergessen. Man hat den Vergleich unter den Tisch fallen lassen, denn man ist — unter dem Drängen der Kommunisten — bei den Sozialdemokraten plötzlich zum Bewußtsein gekommen, daß die schöne Zeit der Volksausplünderung geordneten Verhältnissen Platz zu machen droht, wo die Plünderei und der Plunder aufhört. Das darf nicht sein!

Also muß eine neue Plünderungszeit eingeleitet werden. Da kommt diese Fürstenvermögensfrage wie gerufen. Das gibt einen idealen Vorwand! Und nun machen diese Haupt- und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260307017/fragment/page=0001
DFG

Oberausbeuter des Volkes dem Volke weiß, nicht sie wären die Ausplünderer. Und die Wegnahme aller Barvermögen durch die Inflation und die Steuern von 12—14 Milliarden im Jahr, das wäre gar nichts. Sondern die Ausplünderer wären die Fürsten.

Dabei sollten nach dem Vergleich die Hohenzollern insgesamt nur rund 180 Millionen erhalten, also soviel, wie die öffentliche Hand an Steuern jeden halben Tag des Jahres erhebt und verbraucht. Und dabei sind von den 180 Millionen bei Hauptposten (81 Millionen) Schlösser und Gärten, die nichts einbringen, sondern soviel Kosten für ihre Erhaltung machen, daß nach durchaus ernsthaften Berechnungen aus den 180 Millionen ein Jahresreinertrag von 1,07 Millionen M. über bleibt, der sich auf 49 Mitglieder der Hohenzollernfamilie verteilt.

Um diese 1,07 Millionen Mark im ganzen Jahre schreit man Zeter und Mordio und redet von Ausplünderung des Volkes und will das Volk zum Lumpen machen!

Obendrein ist der hauptsächlichste Posten (500 000 M. aus Gutsbesitz) beim heutigen Ertrag der Landwirtschaft recht zweifelhaft, und wenn die Schlösser und Gärten und das Land dauernd in öffentlicher Hand bleiben, dann kann man mit Sicherheit voraussagen, daß überhaupt kein Reinertrag, auch nicht 1,07 Millionen im Jahr, herausspringt, sondern ein sehr hübscher und stattlicher Fehlbetrag. Dafür würden die eigentlichen Volksausbeuter, die in Preußen ja immer noch herrschenden Sozialdemokraten, und ihre „lieben Kinder", die Kommunisten, schon sorgen.

Uebrigens fangen sie ja schon ganz in diesem Sinne an. Denn zunächst verursacht der Volksentscheid, der uns das Danaergeschenk des Hohenzollernvermögens und die 1,07 Millionen im Jahr einbringen soll, mindestens 3—5 Millionen Kosten. Und die muß natürlich das „ausgebeutete" Volk aufbringen.

Es ist wirklich ein tolles und ein starkes Stück, was die Volksausbeuter diesmal mit dem Volksentscheid dem Volke zumuten. Aber diese Leute sagen sich so: wenn wir nur erst wieder die Lust zum Plündern geweckt und Spießgesellen gewonnen haben! Dann kommen die übrigen Sachwertbesitzer und die zu 25 Prozent Aufgewerteten dran und dann die sonstigen Aufwertungsberechtigten. Denn ist erst in einem Falle die 100proz. Enteignung für berechtigt erklärt, dann ist sie immer berechtigt. Und wie können die ganzen kleinen „Bourgeois" auch nur ihre 1- oder 2proz. Aufwertung verlangen, wenn sie für völlige, hundertprozentige Fürstenenteignung gestimmt haben? Ihre Namen stehen ja in der Volksentscheidsliste: die können uns nicht entwischen, das Geld kriegen wir!

Also Plünderaselen gesucht, bei den Fürsten den Anfang gemacht und bei den kleinen Leuten fortgefahren. Dann rollt die Lawine des Schuldbewußtseins und der Not von selber weiter, bis das ersehnte Ziel der Volksausbeuter, die Vollsozialisierung erreicht ist. Dr. H. Else.

Der neue Kompromißentwurf zur Fürstenvermögensfrage.

Gestern nachmittag 4 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der es sich u. a. mit dem neuen Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung beschäftigte, dem das Ergebnis der gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Vertretern der Regierungsparteien zugrunde lag.

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge stimmte das Kabinett nach eingehender Aussprache einstimmig dem Kompromißentwurf zu, der Entwurf ging darauf sogleich den Führern der Regierungsparteien zu, die abends noch einmal zu einer letzten Besprechung zusammentraten.

Ueber den Inhalt des Entwurfes, von dem die „B. B. die radikal demokratische „Voss. Ztg.", hofft, daß ihm auch die sozialdemokratische Fraktion zustimmen werden, wissen die Blätter noch mitzuteilen, daß das einzusetzende Sondergericht unter dem Vorsitze des Präsidenten des Reichsgerichts, Dr. Simon, aus vier juristischen und vier Laienbeisitzern gebildet werden soll. Was die Richtlinien für diesen Gerichtshof betrifft, so soll eine klare und reinliche Scheidung zwischen dem Staatsvermögen und dem Privatbesitz der Fürstenhäuser erfolgen. Der gesamte Besitz, der auf einen Akt der Souveränität zurückgeht, soll entschädigungslos an den Staat fallen, während für die Entschädigung der Fürsten nur der einwandfrei private Besitz in Frage kommen soll. Die Beweislast hierfür liegt den ehemaligen Fürsten ob. Der Staat soll aber auch die Enteignung solcher Teile des Privatbesitzes betreiben können, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

Das Entscheidende an dem Kompromißentwurf ist, daß der einwandfrei privatrechtliche Besitz der Fürsten unangetastetes Eigentum bleiben oder nur gegen Entschädigung enteignet werden soll. Damit wird entgegen der in dem Volksentscheid zutage tretenden kommunistischen Auffassung das Privateigentum grundsätzlich anerkannt.

Daß der Teil des Besitzes, der „auf einen Akt der Souveränität zurückgeht", also nicht privatrechtlich erworben ist, an das Volk fallen soll, und daß die vielfach außerordentlich schwierige Beweislast die Fürsten treffen soll, sind sehr weitgehende Zugeständnisse an die Linkspartei, soweit es sich um Besitz handelt, der vor e.Da 1800 erworben ist. Denn dabei ist stillschweigend zugrunde gelegt, daß das Volk Eigentümer aller innerhalb der Staatsgrenzen liegenden Vermögenswerte war, die nicht ausdrücklich Eigentum von Privaten waren. Das ist eine für die damaligen Zeiten sicher nicht zutreffende, durchaus republikanische Auffassung. Aber lediglich juristisch sind solche Fragen nicht zu lösen, sondern nur nach dem schon von den alten Römern aufgestellten Grundsatz: „Oberstes Gesetz muß das Wohl des Staates sein." Das entspricht auch der Staatsauffassung der größten Hohenzollern, des Alten Fritz: das der Herrscher nur der erste Diener seines Staates ist, also ebenfalls dem obersten Gesetz des Staatswohles untersteht.

Bayern gegen reichsgesetzliche Regelung.

In einer Erklärung der bayerischen Staatsregierung wird festgestellt, daß diese auf einem entschieden ablehnenden Standpunkt zur Frage der Enteignung der Fürstenvermögen stehe. Sie betrachte die Angelegenheit für Bayern als durch das in der vorgeschriebenen Rechtsform abgeschlossene Abkommen zwischen dem Staate Bayern und dem Hause Wittelsbach als endgültig erledigt.

*

Der erste Tag des Volksbegehrens schloß in dem ganz vorwiegend linksgerichteten Berlin mit dem Gesamtergebnis von sage und schreibe ganzen 36 100 Stimmen ab, die in 306 Berliner Wahllokalen abgegeben wurden. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Jedoch spielten sich an zahlreichen Stellen der Stadt erregte Szenen deswegen ab, weil die Kontrolle der Stimmberechtigten überaus scharf und nicht überall mit übermäßiger Schonung der Nerven des Publikums durchgeführt wird. Nach den aus dem Reich vorliegenden Meldungen spielt sich die Abstimmungshandlung dort mit noch viel geringerer Anteilnahme als in Berlin ab. In einigen Städten des Rheingebietes und Westfalens soll es zu lebhaften Demonstrationen großer Arbeitermassen gekommen sein.

Zum Reichsetat des Innern.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag nach Schluß des Plenums die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern fort, konnte jedoch bis in die Nachtstunden hinein den Etat nicht erledigen. Er bewilligte u. a. 810 000 Mark für Unterhaltung von Kriegergräbern und eine Million für kulturelle Zwecke, insbesondere für kirchliche Zentralen. Von 500 000 auf 600 000 Mark erhöht wurde der Etatstitel für Erziehungsbeihilfen, aus dem auch Freitellen des Kleinen und des höheren Lehranstalten gewährt werden. Für die Notgemeinschaft der deutschen Kunst wurden 100 000 Mark bewilligt, für das Auslandsinstitut in Stuttgart 150 000 Mk. Nach längerer Debatte wurden auch

für die Technische Nothilfe 2 850 000 Mark bewilligt,

in einer Entschließung aber zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung möglichst bald durch neue Wege zur Sicherung der Notstandsversorgung die Technische Nothilfe erübrigen möge. Zum Schluß entstand eine längere Aussprache darüber, ob der

Fonds zur Förderung des Turn- und Sportwesens,

der im Etat mit 400 000 Mark angesetzt war, erhöht werden soll. Abg. Berndt (Dntl.) beantragte Erhöhung auf zwei Millionen, die Abgg. Stöckner (Komm.) und Seiffert (völk.) sogar auf fünf Millionen, zwei sozialdemokratische Abgeordnete auf 500 000 Mark. Eine Einigung wurde nicht erzielt. In später Nachtstunde wurde die Weiterberatung vertagt.

Kredite für die Reichsbahn.

Im Verkehrsausschuß des Reichstages wurden für die Auftragsvergebung der Reichsbahn an die Industrie von allen Seiten Wünsche laut. Der Reichsverkehrsminister wird sich mit dem Arbeitsminister in Verbindung setzen, um aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge Mittel zur Erhaltung der Reparationswerkstätten zu bekommen. Zu der Denkschrift über Neu- und Ergänzungsbauten von Bahnen und Kleinbahnen wurde vom Abg. Körner (Dnat.) beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, der Reichsbahn weitere Kredite zur Verfügung zu stellen, um die Erwerbslosigkeit einzuschränken. Diese Kredite sollen zur Besserung des Oberbaues, insbesondere der Brücken, zur Fertigstellung längst begonnener und zum großen Teil bereits fertiger Eisenbahnstrecken dienen.

Wartestandsbeamte.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Nach dem Reichsetatsgesetz wird aus Ersparnisgründen jede zweite beliebige Beamtenstelle mit einem geeigneten Wartestandsbeamten besetzt werden. Infolgedessen kann nur jedem unter 60 Jahre alten Wartestandsbeamten, der auf seine Wiederanstellung Wert legt, geraten werden, seine Aufnahme in die Wiederanstellungsliste bei seiner letzten Behörde zu beantragen, zumal zu erwarten steht, daß die Anmeldungen für diese Listen in absehbarer Zeit geschlossen werden.

Winzernot, Gewerbesteuer und Hauszinssteuer.

Der Preußische Landtag stimmte am Freitag zunächst einem Antrag seines Hauptausschusses zu, der zur sofortigen und wirksamen Hilfe für die notleidenden deutschen Weinbauern eine ganze Reihe von Maßnahmen verlangt, u. a. Zollschutz, Hebung des Absatzes deutscher Weine, Beseitigung der Weinsteuer, Stundung oder Erlaß rückständiger Steuern, staatliche Kredite, insbesondere sofortige Zurverfügungstellung des preußischen Anteils an dem vom Reich aus der Weinsteuer bereitgestellten 11 Millionen und Aenderung des Weingesetzes.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Gewerbesteuer.

Der Landtag beschloß dazu, den steuerfreien Betrag von bisher 900 auf 1500 Mark heraufzusetzen. Mit dieser und einigen kleineren Aenderungen wurde die Vorlage in zweiter, dritter Beratung und Schlußabstimmung gegen die Rechte, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten angenommen.

Wegen der vielfachen Aenderungen, die in letzter Zeit am Gewerbesteuergesetz vorgenommen sind, ist der Finanzminister ermächtigt, den nun gültigen Wortlaut des Gesetzes amtlich zu veröffentlichen. Angenommen wurde auch ein Antrag, der die alsbaldige Vorlegung eines Entwurfs über eine Warenhaussteuer auf neuer gesetzlicher Grundlage verlangt. Weiter sollen die Kleinhandelsausschüsse bei den Handelskammern obligatorisch eingeführt und einzelne Teile der Handwerksordnung durch eine Novelle zur Gewerbeordnung Gesetz werden.

Das Haus nahm dann in zweiter Beratung die sogenannte Zwischenlösung der Hauszinssteuer an, die eine Erhöhung der Hauszinssteuer von bisher 28 auf 36 Proz. der Friedensmiete bringt.

Dabei fanden eine Anzahl von Anträgen Zustimmung, die u. a. Gebäude kommunaler oder gemeinnütziger Art sowie Dienstwohnungen der Geistlichen und Kirchendiener) von der Steuer befreien. Gestundet oder niedergeschlagen soll Steuer bei Minderbemittelten, Rentnern solchen gewerblichen Betrieben werden, die voll ausgenutzt werden können. Auch der Einfluß der Miete ist nach den Beschlüssen bei der Hauszinssteuer zu berücksichtigen. — Die fortige Vornahme der dritten Lesung die Zwischenlösung scheiterte am kommunistischen Widerspruch.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages klärte Dirigent Kühnemann auf Anfragen, ein

Ministerpensionsgesetz

bereits dem vorigen Kabinett vorgelegt worden sei; das jetzige Kabinett habe sich noch nicht damit beschäftigt.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte, das Kapitel **„Vertretung der Reichsregierung in München"** zu streichen, welchen Antrag der Abg. Kube (Dnat.) unterstützte. Min.-Dir. Pünder wandte sich gegen den Antrag, da die Aufhebung der Vertretung in München sehr unzweckmäßig wäre. In München unterhielten einige auswärtige Staaten, insbesondere Frankreich und Italien, eigene Vertretungen, so daß es schon aus außenpolitischen Gründen dringend geboten sei, daß auch das Reich dort vertreten bleibe. Bayern habe aber auch einen gewissen Anspruch auf die Möglichkeit dauernder persönlicher Fühlungnahme mit einem verantwortlichen Vertreter der Reichsregierung am Sitze der bayerischen Regierung. Die Vertretung in Hessen, die der frühere Reichsminister Dr. Dernburg inne hat, solle nach Aufhebung der Besetzung Hessens wieder aufgehoben werden. Sie werde aus einem Hilfsfonds des Auswärtigen Amts entschädigt. — Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Private Vorschulen.

Nach der Antwort des preußischen Unterrichtsministers auf eine Kleine Anfrage im Landtag ist die Aufnahme von Schulneulingen in die privaten Vorschulen nochmals zu Ostern 1926 gestattet worden. Die Behebung etwaiger durch den künftigen Abbau entstehenden wirtschaftlichen Härten, bildet den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Reich. Ueber die Zahl der abzubauenden Beamtenstellen und die dadurch betroffene Zahl der Lehrer und Lehrerinnen hat der Minister eine Feststellung angeordnet.

Anschluß der evangelischen Kirchen Oesterreichs

an den Kirchenbund der deutschen evangelischen Landeskirchen.

Dem in Berlin versammelten deutschen evangelischen Kirchenausschuß lag in der gestrigen Sitzung ein Antrag beider evangelischen Kirchen Oesterreichs augsburgischer und helvetischer Konfession auf Anschluß an den Kirchenbund der deutschen Landeskirchen vor.

Der Kirchenausschuß nahm von diesem Antrag mit lebhafter Freude Kenntnis und erteilte die notwendigen Ermächtigungen zur Fortsetzung der Verhandlungen behufs Herbeiführung des gültigen Zusammenschlusses. Außerdem wurde genehmigt die Anschlußanträge der deutsch-evangelischen Kirchengemeinden in Kobe, Japan, Jerusalem, Oslo, Genf, Madrid und Barcelona, sowie der südwestafrikanischen Gemeinden, die bisher unter dem evangelischen Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche gestanden haben. Ferner sind Windhuk, Swakopmund und andere. Zum Abschluß an die Beratungen des Schulausschusses wurde erneut der Ruf nach baldiger

Verabschiedung des Reichsschulgesetzes

erhoben; als die Ultima ratio jedoch erst, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind, wurde der Weg des Volksentscheids bezeichnet. Der Kirchenausschuß beschäftigte sich ferner mit den Vorbereitungen für den nächsten Kirchentag, u. a. liegt ein Antrag aus Ostpreußen und der Stadt Königsberg vor, das Bundesparlament dorthin einzuberufen. Die Verhandlungen dauern an.

Berliner Schattenrisse.

Das Blumenwunder. — Der vielbesungene Zoll. — Das Kugelschiff. — Weltraumflug. — Hochkultur beim Federvieh. — „Edster" Chinchilla. — Die Blumenmode. — Karnevalsauftakt. — Berliner Wolkenkratzer. — Kunstausstellungen, der unsterbliche Don Quichotte.

Im Piccadilly-Theater in Charlottenburg läuft ein sensationeller Film, der nicht aus den bunten Fäden der menschlichen Schicksale gesponnen ist, sondern die einfachsten, alltäglichsten Ereignisse der Natur vorführt, nämlich das Wachsen der Pflanzen! Dieser Film hat den schwierigsten aller Begriffe, den der Zeit, durch die Macht der Technik unterjocht: vor unseren Augen vollzieht sich das Wunder des Wachsens und Blühens und Vergehens der Pflanzen; wie ein geheimnisvolles Schattenspiel erscheint das selbständige Handeln dieser stummen Wesen, die mit einer vorbildlichen Zähigkeit den Kampf ums Dasein führen.

Die Zeitlupe offenbart uns die wunderbaren und originellen Vorgänge, in denen sich das dramatische Leben der Rosen, Lilien, Orchideen, Nelken und Kakteen abspielt. Derselbe Konkurrenzneid, dieselbe Sehnsucht nach Licht und Freiheit, wie bei dem Menschengeschlecht, treibt diese zarten Wesen zur Ausbildung aller ihrer Kräfte. Man gerät in einen wahren Rausch des Entzückens, wenn man diese geheimnisvollen Vorgänge vor sich aufrollen sieht, die Entwicklung von Tagen in knappe kinematographische Bildchen zusammengefaßt.

Es wird so viel über unser nüchternes Zeitalter geschollen, das nur in technischer Beziehung Fortschritte macht! Aber werden nicht die Wege gebahnt zu dem Einblick in das noch unerforschten Verschlingungen des Lebens und damit der Fantasie neue Operationsgebiete geschaffen? Sie kann so noch immer viel weiter fliegen, wenn sie die Kraft dazu besitzt!

Das aktuellste Problem der menschlichen Ueberwindung kosmischer Schranken scheint das „Kugelschiff" zu sein, das neuerdings — natürlich auch im Film — seine unbegrenzte, schwindelnde Bahn durch den Weltenraum zieht! Man träumt sogar von einer, von menschlichen Händen geschaffenen Station im luftleeren Raum, wo dieser moderne, fliegende Holländer anlegen und Vorräte einsammeln kann! Mancher wird den Kopf schütteln, und „unmöglich" sagen, aber taten das nicht auch die ängstlichen Seelen, als die erste Eisenbahn sich in Bewegung setzte, als der Zeppelin zum ersten Mal sich den schimmernden Aether eroberte?

Unsere Nachfahren werden sicher noch mal mit den Marsbewohnern sich anbiedern, und mitleidig auf uns arme gebundene Wesen zurückblicken, die noch nicht mal mit der Politik der kleinen Erde fertig werden können, und sich in Sonderinteressen zerstückeln!

Ein Schlagwort unserer Zeit ist der „Rassenwahn" geworden, Verehrung, Zuchtwahl und was der schönen Dinge mehr sind, die sich leider noch immer nicht auf das menschliche Geschlecht übertragen lassen. Was sich aber auf diesem Gebiete in der Tierwelt erzielen läßt, das zeigte die Kleintierschau, die am 26.—28. Februar in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm stattfand. Das Federvieh, welches man da zu sehen bekam, konnte seinen Züchtern wirkliche Ehre einlegen. Bronzeputer bis zu 35 Pfund schwer, sog. Toulouser Gänse mit schönem, modebraunem Gefieder, Gewicht an 30 Pfund! Königlich erschienen die großen Orpington-Hähne, in tiefschwarzem Federkleid, über das blaue, grüne und rote Lichter funken, und das spiralig schwarze Sumatrahuhn mit seinem zitternden Leierschwanz. Wie ein reizendes Spielzeug tänzelten die Zwerghühnchen in ihren Käfigen herum, die Gold- und Silberbantams, die braunsilbernen und die bläulich porzellanenen Liliputaner.

Der unverändertem Pelzmode hat sich die Zucht der Kaninchen angepaßt, man arbeitet nur noch auf Fellgewinnung hin. Früher färbte, blendete man die Felle, heute züchtet man „Feh" und „Chinchilla". Der fuchsrote Silberfuchs (schwarz mit weißen Spitzen) wächst auf dem Leibe des Kaninchens ebenso tadellos wie der unerschwingliche „Alaska" und der königliche „Hermelin"! Und als Fleischkaninchen züchtet man die bis zu 15 Pfund schweren Belgier und die französischen Riesen. Das entzückendste freilich nur dem ästhetischen Genuß dienende Züchtungsprodukt sind aber doch die Angorakaninchen: weiß mit roten Augen liegen sie wie seidene Kissen in ihren Käfigen. Man behauptet sogar, hauchzarte Wolle aus ihrem weichen Fell spinnen zu können . . . aber sie sind so schön, daß sie weiter keine Nechtfertigung zum Dasein bedürfen!

Allmählich beginnt das Interesse der Damenwelt an der nahenden Frühlingsmode immer reger zu werden, und schon kommen aufmerksame Schneider den Wünschen der „Schönen" entgegen; die erste große Frühjahrsmodeschau hat stattgefunden: in der Lennhordiele, Unter den Linden, werden die neuesten „Schöpfungen" präsentiert! Man wendet sich der Blumenmode von neuem zu, es gab Hüte, ganz und gar aus abgestimmten Blüten hergestellt; äußerst reizvoll der Kontrast zwischen allerstrengstem Bubenkopfmodell, das sogar die Ohren freiläßt und die Kopfform in erbarmungslosen Schärfe zur Erscheinung bringt, und diesen zarten, duftigen Gebilden, die phantasievoll zusammengestellt, in zitternden Spiel zarter Ranken und loser Blüten die Umrisse der Kopfbedeckung verwischen.

Im übrigen noch immer große Bälle und Feste. Man begreift nicht, woher die Berliner immer wieder die Kraft und das Geld hernehmen. Noch immer wird prämiiert, noch immer rollt die Tombola . . .

Wenn alle Städte Wolkenkratzer bauen, warum nicht auch Berlin? Mancher geht an dem Neubau von Tietz in der Leipziger Straße vorüber, ohne zu merken, daß der hintere Teil des Gebäudes sich bereits zu 9 Stockwerken erhebt. Neu sind die drei obersten Stockwerke, die soeben fertiggestellt wurden. In dieser schwindelnden Höhe wurde ein Eßsaal erbaut, in dem 500 Personen speisen können. Da das Gesamtpersonal des Hauses an 2000 Köpfe umfaßt, so entspricht dieser Raum durchaus dem Bedarf. Schön ist der Aufenthalt auf der riesigen Veranda, die dem Speisesaal vorgelagert ist; hier in Liegestühlen zu ruhen und tief unten das Brausen der rastlosen Metropole wie eine ferne Melodie zu vernehmen, ist echter Großstadtgenuß, intensivste Empfindung der Ruhe mitten im „tausenden Webstuhl der Zeit"! Im achten Stockwerk haust das Küchenpersonal, welches das Essen für mindestens 1000 Personen gleichzeitig herstellen muß. Von elektrischen Strömen getrieben, sausen und brummen die Maschinen, und der Mensch regelt den Betrieb als „deus ex machina"! Es lebe die moderne Technik!

Zurzeit ist Berlin überreich an herrlichen Kunstausstellungen: Corinth, Rousseau, Daumier in einer Vollständigkeit, wie sie selten zusammengebracht wird. Daumier, der auch in weiteste Kreisen als Karikaturist bekannte, wird hier in seiner umfassenden Erkenntnis der Welt, ihres Elends und ihrer Freude vorgestellt. Dieser Mann, der 1879 in tiefster Armut starb, fand immer noch die Kraft, über die Korrektei und über den Wahn des menschlichen Daseins in einer souveränen Gelächter auszubrechen! Alle Gestalten des Lebens ziehen vorüber, Menschen und Tiere, durchschüttelt von dem ungeheuren Kampf ums Dasein: von unendlicher „tierischer" Tragik das wunderbare Gemälde „Pferde nach der Schlacht". Vor einem langsam aufklärenden Himmel eine Schar müder, gebeugter Gäule, voran der Wagen des Schinders mit den Leichen der gefallenen Rosse, hinten nach mit weitausholender Geste ein Reiter, der die Ermatteten zuwärtstreibt . . . Und Menschen im Streit mit den Gerichten, in allen Variationen, klagend, beschwörend; milde und harte Richter, einige verirrt und verroht in ihrem unsauberen Beruf zwischen Verbrechern . . . Und mitten durch diese Lebenstragödie tänzelt auf seiner alten Resinante der unermüdliche Don Quichotte; vor einer ganz lichten Atmosphäre steht der abenteuerliche Reiter, eine ewige Besahung des Lebens . . .

A. von Oertzen.

90. Geburtstag eines verdienten deutschen Gelehrten. Der Altmeister der orientalischen Philologie, Prof. Dr. Theodor Nöldeke (Karlsruhe), konnte seinen 90. Geburtstag begehen. Aus diesem Anlaß ist dem Jubilar vom Reichspräsidenten v. Hindenburg, von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten deutscher Universitäten und Akademien, sowie von wissenschaftlichen Gesellschaften des In- und Auslandes eine große Anzahl von Glückwünschen und Ehrungen zuteil geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260307017/fragment/page=0002